

# Von Konsens keine Spur

## Bewertung des Polizeieinsatzes im Schlossgarten bleibt strittig

**Es sind keine acht Wochen mehr bis zur Landtagswahl. Kein Wunder, dass die Debatte zum Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz im Schlossgarten“ über weite Strecken auch vom Wahlkampf geprägt war.**

BETTINA WIESELMANN

**Stuttgart.** Trotz des spätnachmittäglichen Termins war die Zuschauertribüne im Plenarsaal des Landtags gestern voll besetzt. Neben Schülern verfolgten viele Polizeibeamte und interessierte Bürger die Debatte über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zum Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner.

Der Ausschussvorsitzende Winfried Scheuermann (CDU) stellte fest, „einmütig“ hätten Regierungs- und Oppositionsfractionen immerhin erkannt, dass entgegen diverser Behauptungen, kein Demonstrant mit dem Wasserwerfer aus einem Baum „herausgeschossen“ worden sei. „Niemand behauptet auch, dass der Einsatz rechtswidrig war.“

Scheuermann las eine Äußerung vor, die auf der Homepage der Park-

schützer gefunden worden sei. Dort habe gestanden, der Ausschussvorsitzende erinnere an den obersten Nazi-Richter Roland Freisler. Der SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid applaudierte Scheuermann, als dieser die Äußerung kritisierte. Für die CDU wiederholte Obmann Ulrich

Müller, dass „alle Zeugen“ die von der Opposition behauptete These widerlegt hätten, es sei politischer Einfluss mit dem Ziel eines harten Einsatzes auf die Polizei ausgeübt worden. Der Einsatz sei auch recht- und verhältnismäßig gewesen: „Es kann nicht sein, dass Baurecht dem Faustrecht weicht.“ Die Rücktrittsforderung der Opposition an Polizeipräsident Stumpf nannte Müller „ein verheerendes Signal“. Wenn jetzt die Polizeigewerkschaften ihn vor der SPD in Schutz nehmen müssten, beweise das nur: „Wer mit den Grünen ins Bett geht, kann morgens nicht mit der Polizei frühstücken.“ Hagen Kluck, Obmann der FDP, unterstrich Müllers Worte: „Ein liberaler Rechtsstaat kann keine rechtsfreien Räume dulden.“ Der Opposition, die mit dem Ausschuss Wahlkampf-Punkte habe

sammeln wollen, hielt er vor, dass sie Regierungschef Stefan Mappus zunächst Einfluss auf den Einsatz vorgeworfen habe, um ihm dann übelzunehmen, dass er ihn nicht verhindert habe.

Für SPD-Obmann Andreas Stoch steht im Ergebnis fest, dass Mappus bei der Besprechung mit der Polizeiführung am Vortag „alles bekannt war, was am nächsten Tag traurige Realität werden sollte“. Er hätte angesichts des Risikos den Einsatz nicht zulassen dürfen. Deshalb trage er die Verantwortung und werde die „Konsequenzen am Wahltag“ zu tragen haben. Grünen-Obmann Hans-Ulrich Sckerl warf den Regierungsfractionen „unglaubliche Selbstgerechtigkeit“ vor, die den Weg zur Aufklärung versperre. Sie verstecke sich hinter dem Rücken der Polizei und mache sie dadurch zum Sündenbock. Mit Blick auf die Demonstranten sagte er: „Sie können nicht akzeptieren, dass die Bürgerschaft kritische Fragen stellt“, pauschal werde dieser das Demonstrationsrecht abgesprochen. „Die Ereignisse vom 30. September müssen Sie unbedingt auf die Oppositionsbank verbannen.“